



Vom Konjunktiv zum Imperativ

Der ÖPNV-Ausschuss des Kreistags berät den Entwurf für einen neuen Nahverkehrsplan

Vor zehn Jahren ...

... war der Generalsekretär der Niedersachsen-CDU Friedrich-Otto Ripke, zu Gast beim Dannenberger Landvolk. Während der Jahreshauptversammlung sprach er sich gegen den Vorschlag der Europäischen Union für eine von der Produktion entkoppelte Betriebspromanie aus. Die Landesregierung in Hannover forderte eine einheitliche Flächenprämie für Grünland und Acker, befönte Ripke. Die Prämien für Milchbauern sollten möglichst lange erhalten bleiben.

Lüchow. Das Ideal: „Das Bedienungsangebot soll sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den raumstrukturellen Erfordernissen richten.“ Die Realität: Alle Verbesserungen müssen „unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt werden“.

Eckpunkte auf 110 Seiten

Zwei Sätze aus dem Entwurf des neuen Nahverkehrsplanes für Lüchow-Dannenberg, zwei Sätze, die das Fehlen von Gestaltungsspielräumen verdeutlichen, zwei Sätze, die geeignet sind, an der Sinnhaftigkeit eines solchen Vorhabens zweifeln zu lassen. Am Donnerstag stellte Verkehrsplaner Joachim Sachs von der Verkehrsgesellschaft Nordostniedersachsen im Kreishaus in Lüchow den Entwurf im Kreistagsausschuss für öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor. Auf 110 Seiten nennt das Papier Eckpunkte für dessen Gestaltung in der Zeit bis 2018.

Das Wetter zwischen Elbe und Drawehn



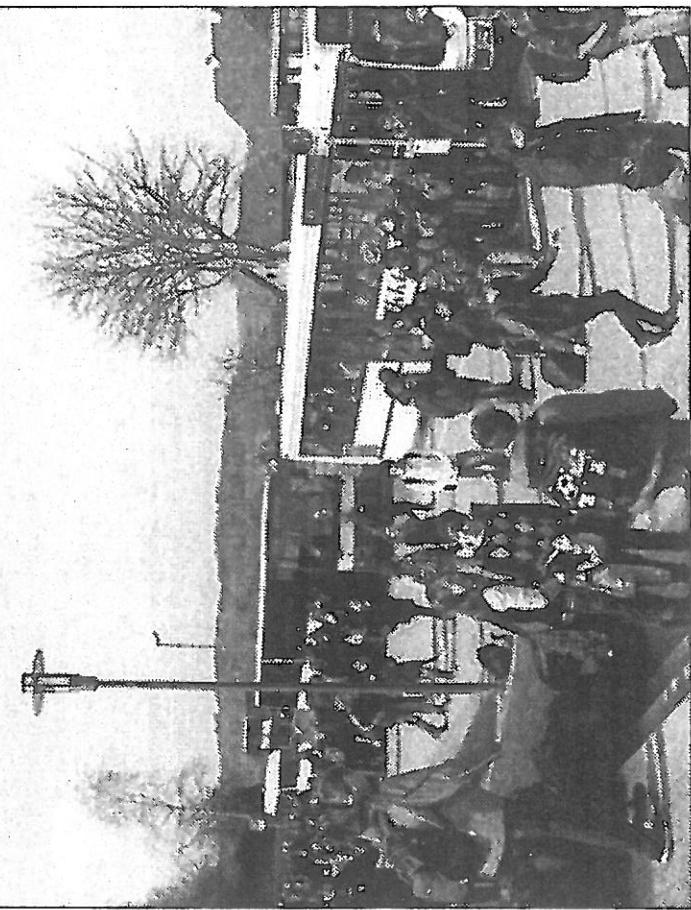
Ein leichter Zwischenholzefluß bringt einen trocken, aber überwiegend grauen Tag mit leicht sinkenden Temperaturen. Schneeschieber und Streusalz können trotzdem im Keller bleiben, denn die viel zu milde Witterung hält weiterhin an, verspricht EJZ-Wettermann Reinhard Zakrzewski. Die wenigen möglichen Lichtblitze konzentrierten sich auf die Mittagsstunden. Maximal sechs Grad bringt der Tag, null Grad die zeitweise klare Nacht.

Lüchow-Dannenberg. Das Ideal: „Das Bedienungsangebot soll sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den raumstrukturellen Erfordernissen richten.“ Die Realität: Alle Verbesserungen müssen „unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt werden“.

Eckpunkte auf 110 Seiten

Mit diesem Punkt reagiert der Entwurf für den Nahverkehrsplan auf das Problem, wie „flächendeckende Mobilität wirtschaftlich“ gestaltet werden kann. Angesichts sinkender Schülerzahlen braucht der Kreis aber einen „Systemwechsel, der bezahlbar ist“, forderte Thorsten Hensel vom Fahrgastrat, beratendes Ausschussmitglied. Aber auch die Kosten zum Beispiel für Rufbusse sollten nicht unterschätzt werden, warnte Joachim Sachs. In jedem Fall aber wird für die Sicherung der Schülerbeförderung die „höchste Priorität“ festgeschrieben, stellt das Papier in der Einleitung zum Maßnahmenkatalog fest.

Eine grundsätzliche Veränderung für den ÖPNV bedeutet die vom Gesetzgeber geforderte Realisierung komplett Barrierefreiheit bis 2022. Was das konkret bedeutet, sei derzeit noch offen, informierte Sachs. Es sei mit „massiven Auswirkungen“ zu rechnen, keinesfalls sei garantiert, dass bereits eingegangene Schritte wie der Einsatz von Niederflurbussen oder die Ausstattung von Bushaltestellen mit passenden Bordsteinen reichen würden. Nicht im Dialog mit Verbänden Be-



Anlage zur Vorlage 30/767/2014

Auftrag: Der ÖPNV-Ausschuss soll im Kreis „höchste Priorität“ genießen, heißt es im Entwurf für den Nahverkehrsplan bis 2018, der den Mitgliedern des ÖPNV-Ausschusses vorge stellt wurde.
Aufm.: K.-F. Kassel

troffener eine Prioritätenliste für barrierefreie Haltestellen erstellen soll. Der soll auch deutlich, die eine optimale Gestaltung von der Häufigkeit, wie Liften in Hochflurbussen suchen. Auch andere Konfliktfelder wurden in der Diskussion deutlich, die eine optimale Gestaltung von der Häufigkeit, wie Liften in Hochflurbussen suchen.

Der Schülerverkehr soll im Kreis „höchste Priorität“ genießen, heißt es im Entwurf für den Nahverkehrsplan bis 2018, der den Mitgliedern des ÖPNV-Ausschusses vorge stellt wurde.
Aufm.: K.-F. Kassel

Bezahlbarer Systemwechsel

unterhalb sei es etwa, dass sämtliche Haltestellen barrierefrei gestaltet werden müssten, unabhängig von der Häufigkeit, mit der sie bedient werden. Das schließe auch die Wege dorthin ein, sagte Sachs weiter – auch die Straßenbaulastträger müssten also mit zusätzlichen Belastungen rechnen. Angesichts solcher Perspektiven folgte der Ausschuss der Anregung, einen Arbeitskreis einzurichten, der im Dialog mit Verbänden Be-